

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tageblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kursthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto Dresden 1538  
Stadtplatz Riesa Nr. 52.

Nr. 184.

Mittwoch, 9. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Frangiergeld. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewiligung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39. man breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachdruckungs- und Vermittlungsgebühren 2.— Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Rohlenverkaufspreise.

Für die nach dem 1. August ds. Js. vom Werk abegangenen Sendungen Hausbrandkohle wird hiermit ein Kleinverkaufspreis von 93.50 Mark pro Zentner ab Lager des Händlers festgesetzt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 9. August 1922. Vln.

Donnerstag, den 10. August 1922, nachmittags 2 Uhr findet im Stadtpark die

## Grummetversteigerung

statt. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Anschließend Grummetversteigerung auf dem Rosenplatz (Kaiser-Wilhelm-Platz).

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. August 1922. Nr.

## Verboten

wird hiermit ausdrücklich untersagt das Betreten des von uns käuflich erworbenen vorläufigen Winterübungsplatzes am Sudlich nebst den dort stehenden Gebäuden. Zuwiderhandlungen werden unmissverständlich mit einer Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen belegt, falls nicht eine höhere Strafe noch Platz greifen kann.

Weiter fordern wir hiermit alle Pächter von Gelände des Winterübungsplatzes auf, sich binnen 8 Tagen mit uns in Verbindung zu setzen.  
Gröba-Elbe, am 9. August 1922. Der Gemeinderat zu Gröba-Elbe.

**Ungültigkeitserklärung.** Der in Verlust geratene Dienstaussweis 2082 des Sächsl. Landespolizei. Abtlg. Riesa, wird hiermit für ungültig erklärt.  
Sächsl. Landespolizei, Abteilung Riesa.

Die Geschäfte der am 1. Juli 1922 aufgelösten staatlichen vermessungstechnischen Dienststelle (Bezirkslandmesser) in Großenhain sind — soweit Orte des Amtsgerichtsbezirks Riesa in Frage kommen — der Dienststelle in Ochaug zugewiesen worden, die vom gleichen Zeitpunkt ab zufolge Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Juni 1922 (S. 241) die Bezeichnung

„Bezirksvermessungsamt“

führt. Diesem Amte ist gleichzeitig die Fortführung der Flurbücher und Kataster des alten Grundsteuerrechts — letztere nunmehr Besitzhandsbücher genannt — übertragen worden, insofern das bisher durch das Finanzamt — früher Bezirkssteuereinnahme — geschehen ist. Ochaug, Reumarkt 4, am 8. August 1922. Bezirksvermessungsamt.

## Die Vorschläge Poincarés abgelehnt?

Aus London wird gemeldet: Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgeht, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer Zollschranke und gegen die Erhebung von Steuern im besetzten Gebiet ist. Die Vorschläge betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten seien ebenso verworfen worden, doch soll ein System von Garantien erwogen werden, das die Lieferung von Rohle und Holz an die Alliierten sichert. Auch der Vorschlag, Deutschland solle sich einverleiben erklären, Anleihe an industriellen Konzernen den Alliierten zu geben, sei abgelehnt worden. Die von Italien ausgesprochene Ansicht, es liege ein Widerspruch darin, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnahmen, habe günstig auf die Verhandlungen eingewirkt.

Die Prüfung der Vorschläge Poincarés durch die alliierten Sachverständigen.

Havas erklärt von seinem Sonderberichterstatter in London, die Stellung der alliierten Sachverständigen habe am Dienstag von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr 15 Minuten debattiert. Ihrem Auftrag entsprechend, hätten sie die Frage geprüft, ob die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen produktiver Art seien. Sie hätten sich darüber geeinigt, daß die Maßnahmen tatsächlich eine im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe einbrächten, die aber immerhin sich auf drei bis vierhundert Millionen Goldmark stellen dürfte. Engländer hätten man indessen eingewendet, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nur einen geringen Ertrag ergeben würden und die Gefahr mit sich brächten, das deutsche Wirtschaftslieben zu bedrohen. Der Widerstand Deutschlands habe sich besonders gegen die Besteuerung der aus dem Ruhrgebiet abgeführten Waren gerichtet.

Der Sonderberichterstatter von Havas berichtet über den weiteren Verlauf der Beratungen des Sachverständigenausschusses, die britischen Sachverständigen hätten erklärt, daß die Alliierten schon auf Grund der früher getroffenen Abmachungen über präzise und produktive Pfänder verfügen, wie z. B. die Abgabe von Kohle von der deutschen Kohle- und die Inanspruchnahme dieser Summe für Reparationszwecke. Uebrigens hätte der im Monat Mai vorigen Jahres eingeleitete Garantieausfluß die Machtbefugnis, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn er sie für notwendig erachtete. Der französische Finanzminister de Lasteyrie habe erwidert, daß Deutschland sich nicht mehr seiner Verpflichtungen in Bezug auf die Abgabe von Export entziehen könne, wie es dies mit dem Rest seiner Schulden tue. Wenn andererseits Deutschland für seine schwebende Schuld ein Moratorium gewährt werde, könnten die ergriffenen Maßnahmen nicht mehr angewendet werden. Die ins Auge gefassten Pfänder seien technische, fiskalische und produktive Pfänder und hätten keinen militärischen Charakter, wie etwa die Besetzung neuer deutscher Gebiete.

Neuer erklärt über die geistigen Verhandlungen der Sachverständigen: Die Finanzminister und Sachverständigen der Alliierten, die die Vorschläge Poincarés prüfen, haben große Fortschritte gemacht, ihre Arbeit aber noch nicht abgeschlossen. Sie werden Mittwoch früh wieder zusammen treten und einen Bericht ausgeben, der der Konferenz vorgelegt werden soll.

## Die von Poincaré verlangten „Pfänder“.

Der Sonderberichterstatter von Havas in London ergänzt seine Mitteilungen über die von Poincaré verlangten Pfänder durch weitere Angaben. Poincaré beantrage eine Kontrolle über die Ausfuhrbewilligungen, eine Kontrolle über das Ruhrgebiet, Ausdehnung der Staatsbetriebe und Dominiatsforsten, sowie eine Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen. „Echo de Paris“ empfiehlt eine stärkere Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie, als an anderen Industrieunternehmen. Hierdurch könne man eine Garantie gegen die Herstellung giftiger Gase (H) finden. Es erläutert den Begriff der Zollgrenze dahin, daß der Poincaré-Vorschlag darauf abziele, die im April 1921 aufgerichtete Zollschranke wiederherzustellen.

Nach dem „Matin“ verlangte Poincaré in der Sitzung am Montag als produktive Pfänder von Lloyd George: Zollentnahmen, Staatsbetriebe und Wiederaufbau einer Zollschranke östlich der besetzten Gebiete unter Einfluß der Rohle- und Industriebetriebe der Ruhr. Er sprach auch von neuen Steuern und verlangte, die Frage der Staatsbergwerke solle geregelt werden, ebenso die Frage der Beteiligung der Alliierten an deutschen Industrie-

betriebe. Nach dem gleichen Blatt erklärte Poincaré: Wir wollen über die Modalitäten verhandeln, aber diese Konferenzen werden wir nicht verlassen, ohne den Grundlag der produktiven Pfänder anerkannt zu haben, da sich sonst die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs erheben würde.

## Die Erwiderung Lloyd Georges auf Poincarés Rede.

Auf die Rede Poincarés in London antwortete Lloyd George. Er erinnerte daran, daß Großbritannien ebenso wie Frankreich gelitten hätte. Wenn Frankreich 80 Milliarden Francs für Deutschlands Rechnung ausgegeben habe, so habe Großbritannien, abgesehen von den Steuern, die es sich während des Krieges auferlegte, 50 Milliarden ausgegeben. England habe zwei Millionen Arbeitslose gehabt, es bestehe jetzt noch 1400000. Die Bevölkerung der vertriebenen Gebiete mache im Ganzen vielleicht nur zwei Millionen Menschen aus, während die Arbeitslosen Englands mit ihren Familien ungefähr auf fünf Millionen geschätzt werden müßten. Wenn Poincaré auf die Vergangenheit in sprechen komme, so sei er wohl etwas hart gegen den Verfall der Vertrag. Als einer der Urheber des Vertrages glaube er, Lloyd George, daß der Vertrag wirkungsvoller gewesen sei, als Poincaré zugeben wolle. S. P. in der Frage der Entwaffnung. Das sei sehr wichtig für Frankreichs Sicherheit. Deutschland habe 3478 Geschütze ausgeliefert, vielleicht seien noch einige versteckt, aber es seien nicht genug, um ein Heer damit auszurüsten. Deutschland habe ferner 38000 scharfe Granaten, über 11000 Grabenmörser, mehr als 780000 Maschinengewehre, 4 Millionen Handmaschinen und 458 Millionen Patronen ausgeliefert; das sei schon etwas, und dies sei schon eine Rechtfertigung des Verfall der Vertrages. Es bedeute, daß Deutschland nicht in der Lage ist, seine früheren Gegner überausend anzugreifen. Keiner der militärischen Sachverständigen könne sagen, daß Deutschland gegenwärtig fähig sei, irgend ein großes Heer auszurüsten, das auch nur einer der kleineren alliierten und assoziierten Mächte gewachsen sei. Die militärische Macht Deutschlands sei gebrochen; statt 5 Millionen Mann, die früher unter Waffen standen, seien es jetzt 100000; diese seien kaum in der Lage, im Innern die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die junge Generation Deutschlands mache ohne militärische Erziehung heran. Die Ausbildung der früheren Rekruten vermindere sich naturgemäß mit jedem Jahre. Die deutsche Flotte sei vollständig zerstört, und dies sei wichtig für Frankreich ebenso wie für Großbritannien. In der Entwaffnung habe der Friedensvertrag gute Dienste geleistet. Hierauf kam Lloyd George auf die deutschen Zahlungen zu sprechen. Der Wiederherstellungsausschuß sei eingesetzt worden, um zu entscheiden, was Deutschland zahlen solle. Alle Deutschland gewährten Erleichterungen seien auf Antrag dieses Ausschusses gebilligt worden. Die deutsche Regierung habe offenbar die verschiedenen Teile des Reiches nur unvollkommen in der Gewalt. Bagnat. V. habe in der Entwaffnungsfrage Schwierigkeiten gemacht, und man wisse, daß Bayern auch in anderen Angelegenheiten eine selbständige Haltung einnehme. Trotzdem habe der Garantieausfluß einen im großen ganzen günstigen Bericht über Deutschlands Bemühungen, Steuern einzulösen, erstattet. In dieser Beziehung habe Deutschland nicht schlecht gearbeitet. Es sei wahr, daß Deutschland über seine schwere Lage Klagen erhebe. Versicherungen des Schuldners dürften aber nicht ohne Nachprüfung hingenommen werden. Aber es handle sich bei Deutschland nicht um ein bloßes Gejammer. Deutschlands Wechselkurs habe 4000 M. für ein Pfund Sterling erreicht. Das müße von den alliierten Staatsmännern in Rechnung gezogen werden. Er sei nicht der Ansicht, daß man Deutschland von irgendeiner Zahlung, die es zu leisten imstande sei, entbinden könne. An der deutschen Zahlung seien alle interessiert. Es handle sich nur um die geeignete Methode. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch jede Sanktion geprüft werden.

## Poincarés Rede kein Ultimatum.

Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincarés Rede ein Ultimatum darstelle, das die Alternative der uneingeschränkten Annahme der Forderungen Poincarés oder eines selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, wurde durch die Intervention Chamberlains zerstreut. Der Poincaré zu der Erklärung veranlaßte, daß, während der Grundlag der Kontrolle anerkannt werden müße, ihre endgültige Form eine offene Frage bleibe. Einer der Haupterwände Lloyd Georges gegen Poincarés Plan war, daß die anzuwendenden Methoden sich im Gegensatz zu den früheren Sanktionen im Rheinlande bedacht machen müßten. Der italienische Außenminister deutete an, daß er noch nicht bereit sei, sich ohne Vorbehalt dem britischen oder dem

französischen Standpunkt anzuschließen. Die belgische Delegation hält mit ihren Ansichten noch zurück.

## Ungünstiger Eindruck der Rede Poincarés in London.

Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Express“ schreibt: Der erste Eindruck von Poincarés Plan sei nicht günstig. Aus demselben Grunde, aus dem Großbritannien gegen militärische Sanktionen sei, würden praktische Kontrollmaßnahmen jetzt für den englischen Standpunkt unmöglich sein. Die Stimmung in diplomatischen Kreisen war Montag sehr sorgenvoll, aber alle Ministerpräsidenten stimmten darin überein, daß die äußersten Anstrengungen unternommen werden müßten, um die Einigkeit der Alliierten bezüglich ihrer Ziele und ihrer Politik aufrecht zu erhalten.

In einer Besprechung der ersten Sitzung der Londoner Konferenz brüht „Manchester Guardian“ die Befürchtung aus, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, wo ein französischer Ministerpräsident wagen werde, die übertriebenen Forderungen seiner Landsleute bezüglich der Reparationszahlungen zu entzünden. Die hohen finanziellen Verluste, die mit einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage Hand in Hand gehen müßten, werden auch nicht durch einen Verzicht Englands auf die ihm geschuldeten Gelder vermieden werden. Es ist aber noch garnicht an der Zeit, von einem solchen Verzicht zu sprechen. Denn Voraussetzung dafür wäre nicht nur die Herabsetzung der Reparationssumme, sondern auch die Zurückziehung der Belagungsarmee, der Verzicht auf eine ausländische Kontrolle des deutschen Finanzwesens, die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und die Aufhebung der kleinlichen wirtschaftlichen Sanktionen, die Frankreich soeben in Kraft gesetzt habe.

## Der „Temps“ gegen Lloyd George.

In seinem Kommentar zu den Londoner Verhandlungen sagt der „Temps“ zum Schluß, Lloyd George habe gesprochen, als ob er die Interessen Englands, Deutschlands und Europas im allgemeinen gegen die französischen Forderungen verteidige. Diesen falschen Eindruck gelte es zu zerstreuen. Wenn England so unter Arbeitslosigkeit gelitten habe, wenn Deutschland ermutigt worden sei, soviel Papiergeld zu drucken, wenn endlich Europa „zurd eine so ernste Krisis hindurchgehe, so in erster Linie deshalb, weil Lloyd George, der unabsehbare Chef der mächtigsten Nation Europas, eine Politik voller Illusionen und Widerspruch getrieben habe. Wenn man versuche, diese Politik zu berichtigen, handle man im Interesse Englands, des deutschen Volkes und aller europäischen Nationen, ebenso sehr wie im Interesse Frankreichs.

## Keine deutsche Sondermission in London.

Die B. L. Z. mitteilt, ist die Meldung, daß die deutsche Regierung den Staatssekretär a. D. Bergmann als Sonderbevollmächtigten nach London geschickt habe, der dort eine Note der deutschen Regierung übernehme solle, unzureichend. — Die „Voss. Zig.“ bemerkt hierzu, daß die deutsche Regierung lediglich auf normalem diplomatischem Wege den alliierten Regierungen eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands übermittele. In der darauf hingewiesen wird, daß Deutschland eine gewisse Zeit zur Erholung gewährt werden müsse und daß die ewige Politik der Drohungen außen- und innenpolitisch die schlimmsten Wirkungen ausübe. In dieser Darlegung wurde das Erlernen gestellt, eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen, die Deutschland nicht Unmögliches zumutet und es nicht zur Verzweiflung treibt.

## Die Strazburger Ausweisungslisten.

Dem Pariser „Journal“ wird aus Strazburg berichtet, die ersten Ausweisungslisten seien von den Präzeten der drei Departements Dienstag vormittag dem Oberkommisariat in Strazburg mitgeteilt worden. Man warte jetzt nur noch den Befehl des Quai d'Orsay ab, um den betroffenen Deutschen ihre Ausweisung mitzuteilen. Man glaube, daß innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung getroffen werde. Die Strazburger Liste enthalte 150 Namen. Von den sechs Ausweisungen, die Sonnabend erfolgt seien, habe man drei zurücknehmen müssen, weil sich nachträglich herausgestellt habe, daß es sich um kürzlich naturalisierte Franzosen handele.

## Schlimme Lage des österreichischen Proletariats.

Die in Brüssel versammelten Vertreter der zweiten und der Wiener Internationale beschlossen, die Untersuchung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, mit der sie betraut worden sind, an Ort und Stelle fortzuführen und setzten die Punkte des Frageboens für diese